

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Agrarpolitischer Bericht

APD/APB/26/2022

Analyse, Empfehlungen und Optimierung zur Verbesserung der Instrumente in der agrarpolitischen Beratung im Projekt APD

Peter Tillack

Kyjiw, Dezember 2022

Durchgeführt von



Operativer Projektpartner



Über das Projekt „Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog“ (APD)

Das Projekt Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD) wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) seit 2006 zunächst bis Ende 2024 gefördert und in dessen Auftrag über den Mandatar GFA Consulting Group GmbH sowie eine Arbeitsgemeinschaft bestehend aus der IAK AGRAR CONSULTING GmbH (IAK), dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) und der AFC Agriculture and Finance Consultants GmbH durchgeführt. Projektträger ist der Nationale Verband der Landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Ukraine „Dorada“. Der APD kooperiert mit der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH bei der Umsetzung wichtiger Komponenten zur Entwicklung einer effektiven und transparenten Bodenverwaltung in der Ukraine. Benefiziar ist das Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine.

In Übereinstimmung mit marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Grundsätzen und unter Berücksichtigung der sich aus dem EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen ergebenden Entwicklungspotentiale soll das Projekt die Ukraine bei der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft, einer effektiven Verarbeitungsindustrie und bei der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie bei Schutz der nützlichen Ressourcen unterstützen. Dazu sollen vor allem deutsche, hier u.a. ostdeutsche, aber auch internationale, insbesondere EU-Erfahrungen bei der Gestaltung agrar- und forstpolitischer Rahmenbedingungen sowie bei der Organisation von entsprechenden Institutionen bereitgestellt werden.



www.apd-ukraine.de

Autor

Peter Tillack

Disclaimer

Dieser Beitrag wird unter der Verantwortung des Bilateralen Kooperationsprojektes Deutsch-Ukrainischen Agrarpolitischen Dialogs (APD) veröffentlicht. Jegliche Meinungen und Ergebnisse, Schlussfolgerungen, Vorschläge und Empfehlungen beziehen sich auf die Autoren und müssen nicht den Ansichten des APD oder des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) entsprechen.

INHALTVERZEICHNIS

<i>1</i>	<i>VORBEMERKUNG</i>	<i>4</i>
<i>2</i>	<i>AUSGANGSSITUATION</i>	<i>4</i>
<i>2.1.</i>	<i>FUNKTIONIERENDE INSTITUTIONEN</i>	<i>4</i>
<i>2.1.1.</i>	<i>Formulierung eines einheitlichen Gesetzes zur Entwicklung der Landwirtschaft zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Agrarsektors</i>	<i>5</i>
<i>2.1.2.</i>	<i>Entwicklung und Vervollkommnung institutioneller Strukturen</i>	<i>6</i>
<i>2.2.</i>	<i>STABILISIERUNG LÄNDLICHER RÄUME</i>	<i>6</i>
<i>3</i>	<i>EINSCHÄTZUNG DES STANDES DER AGRARPOLITIK DER UKRAINE</i>	<i>7</i>
<i>4</i>	<i>AGRARPOLITISCHE BERATUNG DURCH DEN APD</i>	<i>8</i>

1 VORBEMERKUNG

Die vorgelegte Stellungnahme beruht auf

- APD–Projektübersicht. Effizienzauswertung der Projektinstrumente für agrarpolitische Beratung (Status-Quo-Analyse, vorgelegt von Roman Korinets (Oktober 2022)
- Eigenen Erfahrungen mit Projekten zur Reformierung der Agrarwissenschaften in der Ukraine
- Eigenen Erfahrungen als Langzeitberater in einem EU-Projekt "Assistance to the institutional development in the agricultural and food sector of the Russian Federation".

2 AUSGANGSSITUATION

Der Agrarsektor in der Ukraine besitzt eine weitaus größere wirtschaftliche Bedeutung als in den meisten europäischen Staaten. Demzufolge haben agrarpolitische Entscheidungen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine insgesamt. Vor dem Hintergrund eines möglichen Beitritts der Ukraine in die EU ist die Übernahme agrarpolitischer Regelungen der EU für den Reformprozess der ukrainischen Landwirtschaft von größter Wichtigkeit.

Grundlage einer auf die Stabilisierung des Agrarsektors ausgerichteten agrarpolitischen Strategie sollte ausgehend von der Formulierung der Ziele der Agrarpolitik – als Ausdruck des politischen Willens der handelnden Akteure – die Ausgestaltung der für die Erreichung der Ziele notwendigen Institutionen und die dazu notwendigen finanziellen und technischen Maßnahmen sein.

Dafür werden zwei Schwerpunkte gesehen – funktionierende Institutionen und die Stabilisierung ländlicher Räume.

2.1. FUNKTIONIERENDE INSTITUTIONEN

Unter dem Begriff „Institutionen“ werden in der Wirtschaftstheorie die Spielregeln einer Gesellschaft verstanden. Unterschieden wird zwischen formellen und informellen Institutionen. Die informellen Institutionen – menschliche Beziehungen; Sitten und Werte, die sich im Laufe der Entwicklung einer Gesellschaft herausbilden, sollen hier zunächst vernachlässigt werden. Von größter Wichtigkeit für das Funktionieren eines Staates sind die formellen Institutionen: normative Akte, d.h. Regeln und Gesetze, nach denen ein Staat funktioniert. Die Voraussetzung dafür, dass alle Akteure diese Regeln akzeptieren, ist ein Mechanismus, der auf die Nichteinhaltung dieser Regeln reagiert. Für den Agrarsektor bedeutet dies, dass bei der Entwicklung eines einheitlichen Gesetzes zur Entwicklung der Landwirtschaft sorgfältig Rahmenbedingungen entwickelt werden

müssen, auf deren Grundlage Verwaltungen aller Ebenen, Unternehmen und einzelne Bürger die Bedingungen genau kennen, unter denen sie leben, arbeiten und sich unternehmerisch betätigen. Mit anderen Worten: die Rolle des Staates in einer Marktwirtschaft verändert sich von der direkten Verwaltung der Subjekte hin zur Bildung und Aufrechterhaltung von Institutionen für die Interaktion der Subjekte. Eine gut organisierte Marktwirtschaft erfordert, dass der Staat der Institutionenbildung besondere Aufmerksamkeit widmet. Sofern für die Ukraine die Notwendigkeit institutioneller Reformen akzeptiert wird, bestehen zwei wesentliche Aufgaben:

2.1.1. Formulierung eines einheitlichen Gesetzes zur Entwicklung der Landwirtschaft zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Agrarsektors

Die Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft der Ukraine rechtfertigt es, die agrarpolitische Strategie des Landes in einem besonderen Gesetz zu begründen und Wege zur Durchsetzung der Strategie aufzuzeigen. Bisher liegt ein solches Gesetz nicht vor, sondern es existiert nur eine Vielzahl von Programmen bzw. Verordnungen des Ministerkabinetts, die weder in sich geschlossen noch durch Maßnahmen, Ressourcen, Zielkriterien und einen Zeitrahmen untersetzt sind (Korinets S. 27 – 32).

Als Beispiel wird hier das deutsche „Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (LwG)“ angeführt. Im § 1 (Grundsatz) wird als Ziel dieses Gesetzes genannt: „Um der Landwirtschaft die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und um der Bevölkerung die bestmögliche Versorgung mit Ernährungsgütern zu sichern, ist die Landwirtschaft mit den Mitteln der allgemeinen Wirtschafts- und Agrarpolitik – insbesondere der Handels, Steuer-, Kredit- und Preispolitik – in den Stand zu setzen, die für sie bestehendenNachteile gegenüber anderen Wirtschaftszweigen auszugleichen und ihre Produktivität zu steigern. Damit soll gleichzeitig die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen an die vergleichbarer Berufsgruppen angeglichen werden.“ In den „Erläuterungen zum Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955“ wird im § 1 (Grundsatz) festgestellt: „Die Zweckbestimmung des Gesetzes schlägt sich nach §1 in vier Forderungen nieder:

- die Teilnahme der deutschen Landwirtschaft an der fortschreitenden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zu sichern,
- die Bevölkerung im bestmöglichen Umfang mit Ernährungsgütern zu versorgen,
- die naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile der Landwirtschaft auszugleichen und
- ihre Produktivität zu steigern.

Die Besserung der sozialen Lage der in der Landwirtschaft Tätigen ist praktisch die Folge der Erfüllung dieser vier Forderungen und stellt kein eigenes (sondern ein immanentes) Ziel des Landwirtschaftsgesetzes dar.“

Die Formulierung eines analogen einheitlichen Gesetzes für die Ukraine zur Entwicklung der Landwirtschaft mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Stabilisierung des Agrarsektors schließt wesentliche Elemente von normativen Regelungen ein, die ebenfalls gesetzlich zu untersetzen sind. Das betrifft vor allem die Marktordnung, die Bodenordnung, das Steuersystem, das Agrarkreditsystem sowie das Agrarinformationssystem. Auch betriebliche Leitbilder könnten hier eingeordnet werden.

2.1.2. Entwicklung und Vervollkommnung institutioneller Strukturen

Unter institutionellen Strukturen ist das Managementsystem, d.h. Organisationsstruktur der staatlichen Verwaltung, die Verteilung der Befugnisse und Kompetenzen auf staatlicher, regionaler und lokaler Ebene zu verstehen. Darüber hinaus ist auch die Rolle von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden, ihre Beteiligung an politischen Entscheidungen in der Landwirtschaft zu bestimmen. Hierzu zählt auch die Beratung zu den Strukturen, Gründungsdokumenten und Funktionen moderner berufsständischer Organisationen und Verbänden, ihre Beteiligung an der Entwicklung politischer Entscheidungen in der Landwirtschaft.

Die Abstimmung der Aufgaben zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen und Organisationen muss dazu führen, dass entschieden wird, welche Probleme auf den verschiedenen staatlichen Ebenen bzw. durch andere Organisationen zu bearbeiten und zu entscheiden sind. Auf diese Weise entsteht ein umfangreiches Netzwerk aus verschiedenen Akteuren.

Als Ergebnis dieses Prozesses werden einzelne staatliche Machtebenen entlastet und damit ihre Verantwortung für die Lösung der Aufgaben erhöht, die in direktem Zusammenhang mit ihrer Kompetenz stehen. Die Einbeziehung einer großen Zahl von Teilnehmern in ein solches Netzwerk führt zu einer verstärkten Demokratisierung der Gesellschaft, da sich immer mehr Menschen am politischen Prozess beteiligen.

2.2. STABILISIERUNG LÄNDLICHER RÄUME

Die Rolle der Landwirtschaft beschränkte sich in der Vergangenheit vorwiegend auf ihre Funktion als Erzeuger von Nahrungsmitteln. Diese sehr einseitige Betrachtungsweise unterschätzt die vielfältigen Wirkungen, die von der Gesamtheit des ländlichen Raumes auf die gesellschaftliche Entwicklung ausgelöst werden. Die Landwirtschaft organisiert eine nachhaltige Produktion, das ist ihre primäre Aufgabe. Gleichzeitig reproduziert sie die natürliche Landschaft, sie ist von großer Bedeutung für die Erholung der Bürger in der Natur, sorgt für saubere Luft und sauberes Wasser. Der ländliche Raum ist aber auch Heimat eines großen Teils der Bevölkerung, die einen Anspruch auf vergleichbare

Lebensbedingungen mit den Bewohnern der städtischen Zentren haben. Darüber hinaus umfasst der Begriff des ländlichen Raums nationale kulturelle Werte und Traditionen. Dies macht das Konzept des ländlichen Raums multifunktional und erfordert eine aufmerksamere und erweiterte Haltung seitens des Staates. Seine Aufgabe besteht darin, ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das viel mehr umfasst als nur die Funktion der landwirtschaftlichen Produktion. Eine auf die Stabilisierung ländlicher Räume ausgerichtete Politik muss deshalb zwei Ziele verfolgen: Verbesserung des Verständnisses der Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die Gewährleistung der Nachhaltigkeit und die Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

3 EINSCHÄTZUNG DES STANDES DER AGRARPOLITIK DER UKRAINE

Gemessen an den Erfordernissen einer auf die Entwicklung des Agrarsektors ausgerichteten Politik ist festzustellen, dass in der Ukraine diesbezüglich erhebliche Defizite bestehen. Wie bereits festgestellt, existiert kein umfassendes Gesetzeswerk, das die o.g. Vorgaben an eine Strategie zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume erfüllt (Korinets S. 27 ff.). Offenbar wurden je nach sich verändernden Bedingungen und neu entstandenen Problemen Einzelfragen in den Mittelpunkt von Entscheidungen gerückt, oder die Auswirkungen von Problemlösungen auf andere Sachverhalte blieben unberücksichtigt (Korinets S. 28 ... 30). Auf diese Weise wurden zwar viele richtige Maßnahmen zur Entwicklung und Stabilisierung des Agrarsektors benannt, aber weder deren Umsetzung kontrolliert noch die Wechselwirkungen und Abhängigkeiten verschiedener Zielstellungen beachtet. Ein Beispiel dafür ist die *Nationale Wirtschaftsstrategie bis 2030*, nach der für das strategische Ziel „Auf Anreize setzende ... Agrarpolitik“ als völlig indiskutable Indikatoren ausländische Investitionen, Anstellung von Handelsvertretern und Agrarberatern genannt wurden (!). Der Versuch einer Bewertung des Standes der ukrainischen Agrarpolitik führt zu dem Ergebnis, dass offenbar sowjetische Denkmuster noch stark verbreitet sind, bei denen vorwiegend auf Produktionsmengen orientiert wurde, Effizienzkriterien eine geringe Rolle spielten und der ländliche Raum überhaupt nicht als Gegenstand politischen Handelns wahrgenommen wurde.

Ungenügend ist auch die Umsetzung von Maßnahmen, die in Verbindung mit dem geplanten Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union stehen. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf bezüglich der Ziele der Agrarpolitik und der Übernahme von EU-Standards für Agrarprodukte durch die Ukraine.

Das Papier „Effizienzauswertung der Projektinstrumente für agrarpolitische Beratung ...“ listet auf S. 34-35 die wesentlichsten Defizite auf, deren Überwindung Gegenstand der Unterstützung durch fachkundige Beratung seitens der EU sein sollte, um Fortschritte bei

der Etablierung eines funktionsfähigen Konzeptes der ukrainischen Agrarpolitik zu gewährleisten.

Die dringend notwendigen Veränderungen bei der Erarbeitung einer modernen Konzeption der ukrainischen Agrarpolitik müssen durch erfahrene Berater aus der EU unterstützt werden. Erarbeitet und durchgesetzt werden können sie aber nur durch entsprechen motiviertes und fähiges eigenes Personal. Hier dürfte das vordringlich zu lösendem Problem der politischen Entscheidungsträger liegen.

Durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine entstand auch für die Agrarpolitik eine neue Situation. Einerseits muss auf die unmittelbaren Auswirkungen der russischen Angriffe auf die Agrarproduktion und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern reagiert werden, andererseits ist die Annäherung der ukrainischen Agrarpolitik an die Agrarpolitik der EU zu gewährleisten. Hier besteht ein umfangreiches Betätigungsfeld sowohl für ukrainische Spezialisten als auch für Fachpersonal aus der EU.

4 AGRARPOLITISCHE BERATUNG DURCH DEN APD

Die Beratung der ukrainischen Seite durch den APD sieht für die Zeitspanne 2022 – 2024 folgende Schwerpunkte vor:

- Entwicklung der ländlichen Räume durch überbetriebliche Zusammenarbeit und angepasste Agrarfördersysteme;
- Reform der Agrarverwaltung und Dezentralisierung;
- Modernisierung der Hochschulbildung und Forschungssysteme;
- Entwicklung serviceorientierter Organisationen der Zivilgesellschaft;
- Entwicklung spezieller Instrumente und transparenter Institutionen in den Bereichen Bodenpolitik, Klimapolitik und Waldpolitik;
- Entwicklung des Agrarhandels mit der EU;
- Diskussion über zentrale fachliche agrarwirtschaftliche Angelegenheiten, um sich an dem modernen Leistungsstand in der nachhaltigen Landwirtschaft auf der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Ebene zu orientieren.

Alle genannten Positionen sind für die agrarpolitische Beratung wichtig, jedoch scheint eine Differenzierung angemessen, nicht zuletzt deshalb, weil unterschiedlich Adressaten bei den einzelnen Punkten angesprochen werden.

Dazu folgende Anmerkungen:

- Entwicklung der ländlichen Räume durch überbetriebliche Zusammenarbeit und angepasste Agrarfördersysteme;

Für das Verständnis der Rolle ländlicher Räume in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sei kurz auf die Finanzierung des Agrarsektors insgesamt eingegangen werden Die

Förderpolitik der EU umfasst zwei Säulen: Die erste Säule umfasst Direktzahlungen an die Landwirte, um Wettbewerbsnachteile im internationalen Vergleich abzufedern. Im Jahr 2021 entfielen rd. 77 % der Agrarausgaben auf diese Säule. Die zweite Säule der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, sie beinhaltet die Förderung des ländlichen Raumes, besitzt mit rund 23 % des Agrarhaushaltes ein Volumen von etwa 15 Mrd. €. Diese Mittel werden durch die einzelnen Mitgliedsländer weiter aufgestockt. Sie beinhalten Programme zur Förderung von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Stärkung der ländlichen Räume. Mit diesen Zahlen sollte verdeutlicht werden, welche überragende Bedeutung der Entwicklung des ländlichen Raumes in der EU eingeräumt wird.

Angesichts der Tatsache, dass dieser Gegenstand in der Agrarpolitik der Ukraine bisher stark vernachlässigt wurde, steht das Thema der Entwicklung ländlicher Räume zu Recht an erster Stelle künftiger Beratungsschwerpunkte. In erster Linie geht es dabei darum, die Multifunktionalität ländlicher Räume über den Standort der Agrarproduktion hinaus als Lebensraum, Naturreservoir, Ort kultureller Tradition vor allem einem breiten Kreis von Entscheidungsträgern zu verdeutlichen. Damit wird zugleich erkennbar, welcher Kreis von Adressaten mit dieser Thematik insbesondere angesprochen werden muss: Funktionsträger aller Verwaltungsebenen, angefangen von den der gesamtstaatlichen Organen über die Regionalverwaltungen bis hin zu den einzelnen Kommunen. Dabei ist zu beachten, dass die zu vermittelnden Inhalte auf die unterschiedlichen Verantwortungsträger zugeschnitten werden müssen, jeweils abhängig von den Kompetenzen. Als Beispiele seien nur die Förderpolitik des Staates für die Entwicklung ländlicher Räume, dagegen die Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung für kulturelle Aktivitäten genannt.

- Reform der Agrarverwaltung und Dezentralisierung

Eine erfolgreiche Reformierung des Agrarsektors hängt zu einem ganz wesentlichen Teil von der Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen durch die staatliche Verwaltung ab. Deshalb kommt dieser Position im Beratungsprogramm des APD eine besondere Bedeutung zu. Ein modernes Managementsystem auf der staatlichen Ebene soll dazu führen, dass die Kompetenzen und Befugnisse der einzelnen Glieder – gesamtstaatliche Ebene, Regionalverwaltung und Kommune – so zugeordnet sind, dass die jeweiligen Aufgaben mit hoher Effektivität gelöst werden können. Das bedeutet, dass eine übergeordnete Leitung nicht in Belange eingreift, die der nächstniederen Stufe zuzuordnen sind. Reste der in der Sowjetunion üblichen Praxis, dass über einen stark ausgeprägten Zentralismus in die nachgeordneten Bereiche „hineinregiert“ wurde, sind leider in vielen Verwaltungseinheiten der ehemaligen Sowjetunion zu finden. Die Akzeptanz staatlicher Verfügungen und letztlich ihre Wirksamkeit in der Verwaltungspraxis hängt aber in starkem Maße davon ab, dass das Handeln der jeweiligen Entscheidungsträger als kompetent akzeptiert wird. Für die Beratung besteht

hier vor allem die Aufgabe, über die Verwaltungsstrukturen in anderen Staaten zu informieren und vor allem die Wirksamkeit dezentraler Strukturen aufzuzeigen.

- Modernisierung der Hochschulbildung und Forschungssysteme

Die Ukraine verfügt über ein großes Potential an agrarwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Gestalt der Nationalen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der Ukraine und zahlreiche agrarwissenschaftliche Universitäten und Hochschulen. Dieses Potential wird bisher nur ungenügend genutzt. Zu Recht wird deshalb eine größere Wirksamkeit der Agrarwissenschaften für die Reform des Agrarsektors durch die Beratungstätigkeit des APD für notwendig erachtet. Im Rahmen dieser Stellungnahme kann nur auf einige Probleme verwiesen werden, die auf dem Gebiet der Agrarforschung und –ausbildung zu lösen sind:

- Ungenügende Abstimmung von Grundlagen- und angewandter Forschung
- Geringes Niveau der Forschungsleistungen
- Ungenügende internationale Vernetzung und Reputation
- Ungenügende Ausrichtung der Forschungsprojekte auf die Bedürfnisse der Praxis
- Fehlende finanzielle Unterstützung der Agrarforschung
- Aktualisierung der Lehrprogramme nach den Bedürfnissen der Praxis.

Die vorstehende Aufzählung zeigt, dass ein erheblicher Unterstützungs- und damit Beratungsbedarf sowohl bei der konzeptionellen Neuausrichtung der Agrarforschung als auch der Anpassung der Lehrinhalte an moderne Erfordernisse besteht. Als vordringlich wird die Klärung folgender Sachverhalte genannt:

- Konsequente Evaluierung aller Einrichtungen und des wissenschaftlichen Personals:
 - Relation von Grundlagenforschung – angewandter Forschung - Ressortforschung
 - Unterstellung der agrarwissenschaftlichen Einrichtungen: Landwirtschafts- oder/und Wissenschaftsministerium
 - Kooperation von Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und Universitäten
- Entwicklung serviceorientierter Organisationen der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftlichen Organisationen erfüllen eine wichtige Funktion bei der Mobilisierung der Bevölkerung für demokratische Prozesse. Das betrifft die Mitarbeit der Bürger in Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und anderen Formen des gesellschaftlichen Engagements wie z.B. Bürgerinitiativen. Generell gilt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen nicht profitorientiert, sondern auf das Gemeinwohl ausgerichtet und unabhängig von parteipolitischen Interessen sind. In der Ukraine sind zivilgesellschaftliche Strukturen bisher gering ausgeprägt, sodass hier ein breites Feld an Beratungsbedarf besteht. Das gilt besonders für den ländlichen Raum, um dort neue Organisationsformen des Gemeinnsinns der Dorfbewohner zu entwickeln.

- Entwicklung spezieller Instrumente und transparenter Institutionen in den Bereichen Bodenpolitik, Klimapolitik und Waldpolitik.

Wie bereits eingangs festgestellt, bildet ein Agrargesetz den Rahmen für die Agrarpolitik eines Staates. Auf seiner Grundlage sind Regelungen zu formulieren, die nachgeordnete Rechtsbereiche berühren. Zu nennen ist hier vor allem das Bodenrecht, das die Gesamtheit der rechtlichen Normen zur Regelung der Eigentumsverhältnisse und der Nutzung von Grund und Boden umfasst. Da der Boden in der Sowjetunion als staatliches Eigentum galt, wurden in den vergangenen Jahren umfangreiche Rechtsakte zu erlassen, zu denen u.a. ein Bodenkataster mit, einem Geoinformationssystem und ein Bodenmarktgesetz zählen. Damit wurde auf dem Gebiet des Grundstücksverkehrs Rechtssicherheit geschaffen als eine wichtige Voraussetzung für Investitionen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Umsetzung dieser Rechtsakte vielfältige praktische Fragen aufwirft, verbunden mit einem umfangreichen Beratungsbedarf. Auf dem Gebiet der Klimapolitik hat vor allem der russische Angriffskrieg vielfältige negative Auswirkungen. Das betrifft sowohl durch den Krieg ausgelöste direkte Folgen auf den Anstieg der Emissionen als auch indirekte Folgen: Reduzierung der für Klimaschutz verfügbaren finanziellen Mittel, aber auch Verschiebung von politischen Prioritäten zu Ungunsten des Klimaschutzes. Hier besteht sicher ein großer Bedarf an Konsultationen nach der Beendigung des Krieges.

- Entwicklung des Agrarhandels mit der EU;

Die Ukraine ist eines der wichtigsten Exportländer für Agrarprodukte nicht nur für Europa, sondern auch darüber hinaus. Vor dem Hintergrund des in Aussicht genommenen Beitritts der Ukraine in die Europäische Union hängt die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Land- und Nahrungsgüterwirtschaft sehr stark von der Übernahme europäischer Standards und der Anpassung an die Agrarmarktdordnung der EU ab. Als wichtige Stichworte sind in diesem Zusammenhang Produktionsquoten, Exportunterstützung und Importregulierung sowie Produktions- und Verarbeitungsstandards zu nennen. Durch die Nutzung der umfangreichen Erfahrungen mit diesen Instrumenten der Agrarmarktdordnung in der EU muss den Reformprozess der ukrainischen Land- und Nahrungsgüterwirtschaft nachhaltig unterstützt werden.

- Diskussion über zentrale fachliche agrarwirtschaftliche Angelegenheiten, um sich an dem modernen Leistungsstand in der nachhaltigen Landwirtschaft auf der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Ebene zu orientieren.

Der Reformprozess des Agrarsektors der Ukraine muss als ein Entwicklungsvorgang angesehen werden, in dem die handelnden Akteure – Funktionsträger aller Ebenen, angefangen von den Ministerien (nicht nur der Landwirtschaft!) über die Regionalverwaltungen bis in die Kommunen, Wissenschaftler, Vertreter der Zivilgesellschaft - die Überzeugung gewinnen, notwendige Veränderungen erreichen zu

wollen. Die dazu erforderliche Bereitschaft muss von den Betroffenen selbst ausgehen, aber internationale Erfahrungen können wesentlich dazu beitragen, den Prozess zu beschleunigen. Der öffentliche Dialog hilft dabei, das Verständnis für unterschiedliche Interessenlagen - so z.B. zwischen Agrarproduzenten und Natur- und Klimaschützern – herzustellen. Ein wichtiges Thema ist auch die Anerkennung der Leistungen der Landwirtschaft, die sie für den Umweltschutz und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen erbringt, durch die Gesellschaft insgesamt.

Der APD hat sich als Plattform für einen derartigen Dialog auf den verschiedensten Ebenen in den vergangenen Jahren etabliert und bewährt. An diese Erfahrungen kann und muss in der künftigen Arbeit des APD angeknüpft werden. Eine wichtige Funktion kommt ihm dabei in der Weise zu, nicht nur selbst als Beratungsdienst wirksam zu werden, sondern die Multiplikatoren zu schulen, die dann ihrerseits neues Wissen vermitteln. Wichtig ist auch darauf hinzuweisen, dass Beratungsthemen möglichst genau auf die Adressaten angepasst werden sollten – also eine sehr stark differenzierte Beratung, zugeschnitten auf den Informationsbedarf der jeweiligen Entscheider und deren Erwartungen.

Generell kann eingeschätzt werden, dass das vorgelegte Konzept tragfähig ist und gute Voraussetzungen bietet, die Tätigkeit des APD erfolgreich fortzusetzen.

Alle vorgenannten Feststellungen und Empfehlungen können derzeit nur eingeschränkt gelten bzw. realisiert werden, solange der russische Angriffskrieg anhält. Ungeachtet dessen ist es wichtig, Vorbereitungen für die Zeit nach Kriegsende zu treffen, um diesen wichtigen Sektor der ukrainischen Wirtschaft zu stabilisieren und an europäisches Niveau anzunähern. Dafür leistet der APD einen wichtigen Beitrag.